

## **Beschluss des Landrats vom 13.02.2020**

Nr. 391

### **29. Blei, Gummiabrieb und Feinstaub in Feldern und Wiesen**

2019/770; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat ablehne. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

**Marco Agostini** (Grüne) hofft auf mehr Erfolg als es zuvor Rolf Blatter vergönnt war. *[Heiterkeit]* Er dankt dem Regierungsrat für die Stellungnahme, und ihm ist bewusst, dass er bei der BUD vielleicht nicht so beliebt ist. Marco Agostini wusste aber nicht, dass ihn die BUD derart unterschätzt. Eine A4-Seite wird der Tragweite dieses grossen Problems nicht gerecht.

Der Regierungsrat bezieht sich auf den Synthesebericht. Dieser wurde im Jahr 2000 veröffentlicht, bezieht sich jedoch auf Zahlen und Analysen aus den frühen 90er-Jahren. Seither sind 30 Jahre vergangen, was eine extrem lange Zeit ist, denn in dieser Zeit geschah sehr viel. Das ASTRA bestätigt, dass immer mehr Verkehr zu verzeichnen und in Zukunft mit noch mehr Verkehr zu rechnen ist. Die Fahrzeuge werden immer schwerer und die Pneu's breiter. Im Gegensatz zur Aussage des Regierungsrats nimmt das Problem also nicht ab, sondern zu. Auf die Aussage, Blei sei kein Problem mehr, weil es nicht mehr im Benzin vorhanden ist, ist zu sagen, dass deswegen heute nicht nur im Betrieb befindliche Schiessanlagen saniert werden, sondern auch uralte. Das Blei befindet sich weiterhin im Boden. Das Bleiproblem bleibt bestehen, auch wenn kein Blei mehr verwendet wird.

Weiter schreibt der Regierungsrat, «dass Partikelfilter bei Dieselmotoren, weniger PAK-haltige Zusätze in Reifen etc.» dazu geführt hätten, dass sich der Schadstofftrag in den letzten 20 Jahren stark verringert habe. Wenn man von Gift spricht, ist «etc.» aber nicht angebracht. Unter «etc.» sollten Zink, Chrom, Kupfer, Nickel, organische Schadstoffe, Kadmium und generell Russ erwähnt werden. Auch diese Stoffe spielen eine Rolle.

Der Regierungsrat verweist auf das laufende Projekt SABA, das bereits auf Nationalstrassen angewendet wird. Das Regenwasser, das von den Strassen fliesst, wird gereinigt. Auf Kantons- und Gemeindestrassen ist dies aber noch lange nicht der Fall. Der Bund unterstützt dieses Projekt, weil die Mikroverunreinigungen ein riesiges Problem sind. Das Wasser ist zwar gereinigt, die Böden neben der Strasse jedoch noch nicht. Das erwähnte Projekt SABA hat mit den Böden also nichts zu tun.

In den ARA wird langsam aber sicher die vierte Reinigungsstufe eingebaut. Das bedeutet, dass Mikroverunreinigungen in den ARA in den nächsten zehn Jahren gefiltert werden können. Dies macht man auch nur, weil die Mikroverunreinigungen ein massives Problem darstellen, das die Gesellschaft noch lange beschäftigen wird. Auch bei den ARA geht es um Wasser und nicht um die Böden.

Der fast wichtigste Punkt betrifft die Aussage des Regierungsrats, bis zu einem Meter zu den Strassen dürfe nicht angepflanzt werden. Im Synthesebericht steht jedoch wörtlich: «Die Untersuchungen im Kanton Basel-Landschaft zeigen, dass im Abstand von mehr als fünf Metern die Schwermetallgehalte in der Regel unterhalb der Richtwerte sind.» Das bedeutet, dass die effektiven Werte bis zu fünf Metern neben der Strasse über den Grenzwerten liegen, weiter weg sind sie wahrscheinlich darunter, was jedoch nicht sicher ist. «Bzgl. der PAK [polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe] wird der Richtwert auch in grösseren Entfernungen meist überschritten.» Hier ist also nicht mehr die Rede vom erwähnten Meter, sondern von 5, 10, 15 oder 20 Metern.

Marco Agostini wendet sich an die Bauern: Euer Boden, eure Tiere und unsere Nahrung sind betroffen. In Richtung der bürgerlichen Ratsseite verweist der Redner auf die Argumentation im

Rahmen der Klimadebatten. Oft wird angeführt, dass die Klimaziele nicht erreicht werden können, wenn China und die USA nicht mitmachen und es insofern nichts bringt, wenn sich die Schweiz oder das Baselbiet engagiert. Bei vorliegendem Thema kann man jedoch im Kanton Probleme angehen und lösen. Das Ziel des Postulats ist nicht, dass der Regierungsrat sofort eine Lösung findet. Es geht darum, dass dem Regierungsrat dieses Problem aufgezeigt wird. Ein A4-Blatt beantwortet die vielen im Postulat formulierten Fragen nicht. Die Form des Postulats wurde gewählt, damit der Regierungsrat mehr Zeit zur Überprüfung hat. Dieselben Fragen können auch im Rahmen einer Interpellation gestellt werden – die Arbeit ist dieselbe, allerdings stehen dann nur drei Monate dafür zur Verfügung.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) stellt fest, dass einem manchmal das Ergebnis einfach nicht gefalle. Die Problematik ist bereits seit längerer Zeit bekannt und der Sachverhalt wurde anfangs 1990er-Jahre und um das Jahr 2000 untersucht. Das Ergebnis ist der erwähnte Synthesebericht.

Marco Agostini unterliess es zu erwähnen, dass seither regelmässig weitere Untersuchungen vorgenommen wurden. Diese bestätigen die Erkenntnisse des Syntheseberichts. Deshalb gibt es keinen Grund etwas zu ändern. Auf dem Geoportal ist dies publik.

Entlang der Verkehrsachsen werden Schadstoffe eingebracht, das ist korrekt. Persönlich ist der Redner der Ansicht, es wäre besser, würden die Bauern mehr als einen Meter Abstand zu den Strassen halten. Das ist aber ein anderes Thema. Auch die Schadstoffaufnahme von Kulturpflanzen wurde untersucht. Die Erkenntnisse flossen in die Bodenschutzgesetzgebung ein. Weiter wird der Aushub jeweils fach- und umweltgerecht entsorgt. Es gab auch massive Veränderungen betreffend die Emissionen: Blei ist noch bei Schiessständen vorhanden, im Verkehr nicht mehr, ausser bei einigen Töffli oder Oldtimern. Es gibt nun auch Partikelfilter und es ist bekannt, dass in den Reifen weniger PAK enthalten ist. Umgekehrt gibt es auch Entwicklungen, die den technischen Fortschritt leider ein wenig konterkarieren, indem mit sinnlos schweren Gefährten umhergefahren wird, um eine Packung Milch zu kaufen. Auch dies ist jedoch ein anderes Thema.

Der Umgang mit Strassenabwasser hat sich ebenfalls weiterentwickelt. Es wurden teilweise Behandlungsanlagen eingebaut. Im unteren Kantonsteil generell und in den Orten wird Strassenabwasser der Mischkanalisation zugeführt und entsprechend geklärt.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, die erforderlichen Informationen liegen vor, auch wenn sie vielleicht nicht allen gefallen. Wo gehandelt werden muss, wird auch gehandelt, weshalb das Postulat nicht überwiesen werden soll.

**Markus Graf** (SVP) dankt im Namen der SVP-Fraktion den Handwerkern im Strassenunterhalt, die täglich eine sehr wertvolle Arbeit leisten. Viel zu oft wird dies viel zu wenig gewürdigt. Wie gute Arbeit diese leisten, sieht man, wenn man wieder einmal im Ausland ist.

Das Grüngut am Strassenrand wird in der Regel zweimal jährlich geschnitten und entsorgt. Dasselbe geschieht mit dem Laub. Regierungsrat Reber weiss sicher besser, wie oft Wischmaschinen durch die Dörfer patrouillieren. Auch diese nehmen den Staub auf, der entsorgt wird. Die Entwässerungen funktionieren tadellos, weil sie bestens unterhalten werden. Markus Graf kommt noch einmal auf die Zitrone zu sprechen: Diese ist auch bei dieser Thematik ausgepresst, weshalb die SVP-Fraktion das Postulat einstimmig ablehnt.

**Hanspeter Weibel** (SVP) widerspricht seinem Vorredner nicht und möchte auf Folgendes hinweisen: Vor kurzem las er einen Beitrag, der die Zunahme des Gummiabriebs auf E-Bikes und Mountainbikes zurückzuführen. Auch gibt es mittlerweile sogenannte Fat-Bikes mit breiten Reifen.

Hanspeter Weibel ist bei diesem Thema wirklich kein Fachmann, aber das ist für eine Teilnahme an der Diskussion ja auch nicht erforderlich, wie am heutigen Tag auch schon festzustellen war. Der Werkhof unterscheidet beim Sammeln tatsächlich zwischen dem, was nahe der Strasse an-

fällt, und dem, was ein wenig weiter weg ist. Mittlerweile wurde festgestellt, dass sich die Trennung mit der Belastung gar nicht mehr rechtfertigen lässt. Das Votum soll als Unterstützung der ablehnenden Haltung der SVP-Fraktion verstanden werden. Zudem ist es spannend, wenn die SVP den zuständigen Regierungsrat, Isaac Reber, in solchen Fragen unterstützen kann.

**Jürg Vogt** (FDP) dankt für das Postulat. Es handelt sich um wichtige Fragen. Die Antwort und die Ausführungen des Regierungsrats erstaunen. Die FDP-Fraktion ist zufrieden und wird das Postulat nicht überweisen.

**Marco Agostini** (Grüne) gibt Hanspeter Weibel Recht: Velos, E-Bikes und auch öV-Verkehrsmittel produzieren Feinstaub. Es geht nicht darum, woher das Problem stammt, sondern wie mit den teilweise stark verseuchten Böden umgegangen wird. Den Böden und der Landwirtschaft ist Sorge zu tragen.

Regierungsrat Isaac Reber hat auf das GeoView verwiesen. Dort sind sämtliche Kantonsstrassen pauschal grau markiert. Was ist die Aussagekraft? Es gibt keine Unterscheidung aufgrund der Lage der Strassen. Hier besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Bei gewissen Strassen muss man vielleicht nicht so sehr schauen, bei anderen dafür umso mehr.

Markus Graf kann nicht immer die Zitrone bemühen: Die Böden sind mit fortlaufender Zeit immer stärker belastet. Das Problem ist nicht zu negieren und die Zitrone noch längst nicht ausgepresst.

**Markus Dudler** (CVP) erklärt, die CVP/glp-Fraktion sei sich der Problematik bewusst. Das Ziel eines Postulats ist auch, die Sensibilität des Regierungsrats auf ein bestimmtes Thema zu lenken und ihn wenn nötig zu Massnahmen zur Beseitigung des Problems zu motivieren. Das ist bei diesem Thema erfüllt. Eine Randbemerkung zu der Velodiskussion: Es wurde sicher noch nie untersucht, wie es auf einem Singletrail im Wald aussieht. Die CVP/glp-Fraktion lehnt das Postulat ab.

**Thomas Noack** (SP) dankt Marco Agostini dafür, dass er auf dieses Thema aufmerksam machte. Die SP-Fraktion erachtet die Stellungnahme des Regierungsrats als plausibel und folgt der Auffassung, dass momentan kein Handlungsbedarf besteht.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) führt aus, das Postulat verlange nichts anderes als eine bessere Information über die Situation. Eine A4-Seite, die pauschal Bedenkenlosigkeit erklärt, ohne entsprechende Messungen aufzuführen, ist zu wenig. Dieses Vorgehen ist nicht seriös. Nicht umsonst sind heute gewisse Dinge beispielsweise bei Autobahnen Pflicht. Das Problem wurde also bei grossen Strassen als so schwerwiegend anerkannt, dass Handlungsbedarf besteht. Sollte jetzt die Angst vorherrschen, dass es auch bei unseren Strassen gewisse Dinge im Boden hat, dann ist Nichtstun keine Lösung, sondern eine Vogel-Strauss-Politik. Die Erfahrung zeigt, dass dies kein gutes Vorgehen ist. Die Grüne/EVP-Fraktion empfiehlt, das Problem proaktiv anzugehen und dann zu entscheiden, ob es wirklich richtig ist, nichts zu tun.

://: Mit 63:19 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

---